

Palästina anerkennen

Auf dem Weg in den nächsten Gaza-Krieg ? >Russell-Tribunal< fordert EU auf, Assoziierungsabkommen Israels bis zu einer Friedenslösung auszusetzen.

Von Norman Paech

Im Gazastreifen werden mühsam die Trümmer des letzten Krieges beseitigt.. Das wird lange dauern. Noch länger wird der Wiederaufbau dauern, für den 30 Staaten auf einer Geberkonferenz Mitte Oktober in Kairo 4,3 Milliarden Dollar versprochen haben. Wir haben das gleiche Szenario schon einmal gehabt. Nach dem Krieg zur Jahreswende 2008/2009 spendeten die Staaten, die das Massaker ebenso gleichgültig verfolgt hatten wie die erneute Zerstörung von Gaza in diesem Jahr, etwa die gleiche Summe für den Wiederaufbau. Geld spielte nie eine Rolle, wenn es darum geht, die Ruinen, die die Armee hinterlässt, zu beseitigen. ES konnte jedoch nur zu einem Bruchteil abgerufen werden, weil Israel keinen freien Warenverkehr mit Gaza zulässt.

Das >Russell-Tribunal zu Palästina< hat bereits im September die Ereignisse seiner Untersuchungen und Anhörungen über den dritten Krieg gegen die Palästinenser in Gaza publiziert. Die Öffentlichkeit in Deutschland hat davon bis heute nichts erfahren. Dabei hat Israel mit seiner >Operation Protective Edge<, wie das Bombardement vom 8.Juli bis 26. August genannt wurde, ein alles Bisherige übertreffendes Maß an Gewalt und Zerstörung entwickelt. Über 700 Tonnen Sprengstoff, das sind zwei Tonnen pro Quadratkilometer, explodierten in Gaza. 2.188 getötete Palästinenser sind zu beklagen , davon mindestens 1.658 Zivilisten. Hinzu kommen 11.200 Verletzte. 18.000 Wohnungen wurden zerstört, das sind 13 Prozent aller Wohnungen, 110.000 Einwohner wurden obdachlos. 17 der 32 Krankenhäuser wurden beschädigt, sechs vollkommen zerstört. Die Wasserversorgung wurde stark beschädigt. Die Zerstörung des einzigen elektrischen Kraftwerks hat dazu geführt, dass die Bevölkerung des Gazastreifens täglich über noch maximal vier Stunden Strom verfügt.

Diese Fakten sind weitgehend unstrittig und berücksichtigen nicht einmal die psychologischen Kriegsfolgen, die Traumatisierung der Kinder und das Leid der Familien. Die gesamte Bevölkerung war faktisch wehrlos. Die Raketen, die vom Gazastreifen zwar in großer Zahl auf Israel abgefeuert wurden, konnten die eigene Bevölkerung nicht schützen und den Angriff nicht aufhalten. 70 Tote und einige beschädigte Gebäude in Israel zeugen von der Ohnmacht der Verteidigung.

Das Tribunal war 1966 von Lord Bertrand Russell nicht nur ins Leben gerufen wurden, um die Zerstörungen und Folgen von Kriegen zu dokumentieren. Das erste Tribunal galt dem Vietnamkrieg. Es sollte vor allem

mangels einer internationalen Strafgerichtsbarkeit eine strafrechtliche Bewertung nach den Prinzipien der Nürnberger Prozesse von 1946 vornehmen. Jetzt gibt es seit 2002 den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, doch eine Anklage israelischer Kriegsverbrechen ist tabu. So gab es nach dem Krieg von 2008/2009 bereits vier Sessionsen des >Russell-Tribunals zu Palästina< in Barcelona, London, Johannesburg und New York, in deren Ergebnis Israel wegen schwerster Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit „verurteilt“ wurde. Kaum anders ist das Urteil des Brüsseler Tribunals vom September ausgefallen. Auf der Richterbank saßen namhafte Juristen und Persönlichkeiten wie u.a. John Dugard, Richard Falk, Ken Loach, Vandana Shiva und Roger Waters.

Das Tribunal räumt vor allem mit einem zentralen Argument der Regierung in Tel Aviv auf, Israel habe in Selbstverteidigung gehandelt:

„Als Besatzer kann sich Israel nach internationalem Recht bei seiner Gewalt gegen Gaza nicht auf Selbstverteidigung berufen. Israel hat nicht auf einen bewaffneten Angriff von Streitkräften eines Staats reagiert; vielmehr handelt es als Besatzungsmacht, die Gewalt einsetzt, um ihre Kontrolle über das besetzte Territorium und seine Herrschaft über die besetzte Bevölkerung zu festigen. Nach internationalem Recht hat das Volk, das unter kolonialer Herrschaft oder fremder Besatzung lebt, das Recht auf Widerstand gegen die Besatzung. Die anhaltende Besatzung der palästinensischen Territorien ist selbst ein Akt der Aggression, wie sie in der Resolution 3314 von 1974 der UN-Generalversammlung definiert wurde. Das Tribunal stellt fest, dass ein Aggressor sich nicht auf Selbstverteidigung gegen den Widerstand gegen seine Aggression berufen kann.“

Der Bericht zählt zahlreiche schwere Kriegsverbrechen der israelischen Armee auf, wie gezielte Tötung von Zivilisten durch Scharfschützen und summarische Exekutionen durch Bodentruppen, extensive Zerstörung von Eigentum, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt waren, extensiver und grob fahrlässiger Artilleriebeschuss und Luftbombardements von dicht bewohnten zivilen Gebieten, die ausdrückliche Anwendung unverhältnismäßiger Gewalt (sogenannte Dahiya-Doktrin), um die Bevölkerung kollektiv für die Aktivitäten der Widerstandsgruppen und der politischen Führer zu bestrafen.

Dies sind alles schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie das römische Statut des Internationalen Gerichtshofs von 1998 in Anlehnung an die Prinzipien des Nürnberger Tribunals unter Strafe stellt. Da die israelische Regierung jede Unterstützung der Untersuchungen des Tribunals abgelehnt hat, konnten ihre Vorwürfe gegen die Kriegsführung der Hamas nur begrenzt überprüft werden. Eindeutig hat es den ziellosen Abschuss von Raketen auf zivile Einrichtungen als Kriegsverbrechen verurteilt. 60 Soldaten der israelischen Armee und sieben Zivilisten kamen dabei ums Leben. Für den Vorwurf, die Palästinenser hätten gezielt auf Zivilisten geschossen und Zivilisten als menschliche Schilde benutzt, konnte das Tribunal allerdings keine Beweise finden. Im Gegenteil, das Tribunal musste feststellen, dass die israelische Armee palästinensische Zivilisten derart missbraucht hatten.

Statt Stern, die es ohnehin nicht aussprechen kann, gibt das >Russell-Tribunal< etliche Empfehlungen ab. An die Adresse Israels gerichtet fordert das Tribunal vor allem die Beendigung der Besatzung, die unbedingte Befolgung des Völkerrechts, die volle Entschädigung der Opfer und die Freilassung der politischen Gefangenen. Von der EU fordert das Tribunal die Suspendierung des Assoziierungsabkommens

mit Israel, des Abkommens über wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Beendigung aller militärischen Kooperationen. Es fordert ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel und einen Stopp jeglichen Imports von militärischem Gerät aus Israel. Außerdem fordert das Tribunal von der EU, die israelische und die palästinensische Führung dazu zu drängen, das Römische Statut von 1998 zu ratifizieren, um den Weg zum Internationalen Strafgerichtshof zu öffnen, sowie die Anerkennung des palästinensischen Staates durch alle Mitgliedsstaaten der UNO.

Man war sich auf der Kairoer Geberkonferenz wie seinerzeit 2009 einig, dass Geld den Frieden nicht garantieren werde, es bedürfe einer politischen Lösung. Doch diese legt man wieder in die Hände der Israeli und Palästinenser - bis zum nächsten, dem dann vierten Gaza-Krieg. Denn die israelische Regierung ist zu keiner Konzession bereit. Sie will keinen souveränen palästinensischen Staat. Sie will die Grenzen Israels bis zum Jordan, wo sie jetzt schon sind, auch um den Preis eines Apartheidstaates. Der gegenwärtige Zustand der Unterdrückung und des latenten Bürgerkriegs ist – so irrational und zynisch es auch erscheint -, für die politische und militärische Klasse in Israel der komfortabelste und am besten beherrschbare Umgang mit einer Bevölkerung, die man am liebsten vertreiben würde. Die Frage ist nur, wie lange sich die USA und die EU noch ihrer Verantwortung gegenüber den Palästinensern entziehen können.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht.